

Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lücher und Weissbinder

Mr. 29

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis 2 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Clemensstr. 11. Herausf.: Dr. J. Schäfer.

Anzeigen kosten die sechsgespartene Non-
parellseite über deren Raum 5 Mark
(der Betrag ist stets vorher einzufinden),
Verbandsanzeigen 2 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

Hamburg, den 22. Juli 1922

Neue Lohnverhandlungen in Berlin.

Die am 11. und 12. Juli in Berlin abgehaltenen Lohnverhandlungen fanden unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen statt. Der Schiedsspruch vom 18. Juni hatte in den weitesten Kreisen unserer Kollegenschaft eine tiefgreifende Ungeduld ausgelöst, weil sein Ergebnis die tatsächlichen Verhältnisse in den meisten Orten zu wenig berücksichtigt hatte und die Spannung gegenüber andern Gewerben noch größer wurde als bisher. In schnellstem Tempo hatte die Teuerungswelle sich fortbewegt und die Entwertung der Mark noch weitere Fortschritte gemacht. Die Indexziffern des Statistischen Reichsamtes ließen für die Lebenshaltung im Juni eine Teuerung von 9,2 % erkennen. Die Großhandelspreise aber waren von Anfang Juni bis Anfang Juli dieses Jahres um 16,6 % gestiegen. Daraus geht hervor, was das Statistische Reichamt in seinem Bericht auch betonte, daß die durch die Valuta bedingte Teuerung der letzten Zeit in der Statistik der Lebenshaltungskosten noch nicht zur Geltung gekommen ist. Bedeutend sind auch Zertifikaten, Keder, Kohlen, Petroleum usw. gestiegen. Der Anstieg zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen hat sich, infolge des scharfen Tempos, mit dem erwartet gestiegen, wieder vergrößert. Mit wachsender Erregung beobachtet auch unsere Kollegenschaft die steigenden Preise, die gewaltige Teuerung, die sie am eigenen Leibe zu spüren bekommt. Nur einer vernünftigen Lohnpolitik wird es noch möglich sein, die befürchtete Minderung des Reallohnes anzuhalten.

Oft genug haben unsere Vertreter bei den Lohnverhandlungen davor gewarnt, eine kurzfristige Lohnpolitik zu treiben, die sich früher oder später rächen würde. Und so kam es auch. In verschiedenen Orten brachen Konflikte aus, weil man selbst in letzter Stunde noch glaubte, den gegebenen Notwendigkeiten mit dem einfachen Hinweis auf eine Rechtsnorm begegnen zu können.

Unter diesen Umständen war die Situation eine sehr ernste. Das hatte auch der unparteiische Vorsitzende Oberregierungsrat Dr. Caesar erkannt, der sich außerordentlich bemühte, einen Ausgleich herbeizuführen. Es stand fest, daß es so wie bisher, auf Grund der amtlichen Indexziffer, eine Einheitsformel zur Festsetzung der Löhne zu bestimmen, nicht mehr weiter ging. Die Notwendigkeit, daß, um zum Ziele zu gelangen, die Streitpunkte zurückgestellt werden müßten, wurde auch von den Vertretern der Arbeitgeber eingesehen. Gewiß kam unter einem Tarifverhältnis ein Vertrag gegen die Abmachungen nicht gebilligt werden; man muß aber bei solchen Vorfällen den Ursachen nachgehen und darf nicht lediglich an starren Formeln hängen bleiben. Auf die scharfen Einwendungen der Arbeitgebervertreter gegen die vorgenommenen wilden Streiks gelang es dem Vorsitzenden, durch sachliche Einwände die hochgehenden Wogen zu glätten.

Für unsere Kollegen kam es hauptsächlich darauf an, daß bei der Lohnfestsetzung diesmal die Gesamtlage berücksichtigt werden müsse. Der Gedanke, daß auch unsere Kollegen mit den übrigen Gruppen im Baugewerbe in ihrem Lohnverhältnis annähernd gleichgestellt werden müssen, mußte auch bei der Gegenseite mal aufgenommen und verstanden werden. In eindringlicher Weise kam dies zum Ausdruck und an der Hand von Tatsachen wurde nachgewiesen, welche Zustände sich unter dem bisherigen System bis zu den vorgenommenen Streiks herausgebildet haben. Es soll kein kapitalistisches Aneignen oder direktes Übertragen der Lohnsätze sein — die Maler können doch auch mal über den Löhnen im Baugewerbe stehen —, aber die hohen Spannungen, wie sie in den letzten Jahren zwischen den Löhnen unserer Kollegen und denen in andern ähnlichen Gewerben bestanden, dürfen nicht weiter so bleiben. Hierin liege die Quelle aller Differenzen, die zum Vortheil gekommen sind; darum bestätigte man diese Quelle und berücksichtigte mehr als bisher geschehen auch die örtlichen Verhältnisse. Vielleicht seien in den Orten die Parteien sich einig geworden, trotz der Klausel keine örtlichen Verhandlungen zu führen. Ohne Rat werde örtlich nicht wieder verhandelt, darum führe die Anweisung nach außen hin, unter keinen Umständen

öftlich zu verhandeln, wie die Tatsachen jetzt beweisen, zu unüblichen Zuständen und schweren Konflikten.

Dem gab Kollege Streine in seinen allgemeinen Bemerkungen Ausdruck. Scharf unterstrich er, wie aus den früheren Minimallöhnen heute ein Einheitslohn geworden sei, über dem fast niemand mehr erhalten. Die letzten Schiedssprüche basierten auf den amtlichen Indexziffern. Diese umfassen aber bekanntlich nur einen Teil des Lebensunterhalts und wiesen auch sonst erhebliche Fehlerquellen auf. Die letzten 14 Tage, während der die Teuerung eine enorme Steigerung genommen, lämen in den Indexzahlen auch noch nicht zur Auswirkung. Redner wies an einem reichen Material die in den letzten Wochen eingetrete Preisteigerung nach, die 10 bis 30 % in einer einzigen Woche aufwies. Dazu komme die große Geldentwertung, wodurch gerade die Teuerung im Kleinhandel sofort hervortrete. Kein Gehilfe sei heute imstande, etwas im Vorrat einzulaufen, nie bekomme er eine Nachzahlung, also doppelt hart treffe ihn die anhaltende Teuerung. Eben so oft warnen wir vor den Folgen, wenn die Stundenlöhne im Malergewerbe gegenüber anderen verwandten Gruppen oder der Industrie um 5, 6, ja bis zu 10 % zurückbleiben. Die Forderung, die Löhne unseres Gewerbes müssen mit denen der übrigen Bauarbeiter gleichen, lasse sich nicht länger zurückstellen, sonst ginge es die größten Konflikte; zudem gäben viele Meister das selbst zu. Also, wie die Dinge jetzt liegen, gäbe es keinen andern Ausweg als die Annäherung unserer Löhne an die der andern Bauhandwerker. Unsere Kollegen sind Freunde des Tarifvertrages, das haben sie lange Jahre hindurch bewiesen; aber das darf nicht dazu führen, daß der Tarif für sie bei der so notwendigen Lohnverbesserung ein Hindernis ist.

Herr Kruse führte aus, daß die Löhne im Baugewerbe schon immer eine gewisse Differenz aufgewiesen hätten. Es seien stets über den Prozentsatz der Indexziffer die Löhne festgesetzt worden. Ganz müsse jeder rechtlich denlende Mensch augeben, daß die letzten 14 Tage eine große Preisteigerung und Geldentwertung gebracht hätten; der unreelle Handel mit seinen Schiebertendenzen mache sich schwer bemerkbar. Sie seien bereit, über die neuen Löhne zu verhandeln, aber nicht auf der Grundlage der Bauarbeiterlöhne; auch die scharf einsetzende Teuerung solle berücksichtigt werden.

Nach einer eingehenden Entgegnung des Kollegen Streine auf diese Ausführungen und einem kräftigen Appell an die diesmal vollzählig erschienenen Landesverbandsvertreter der Arbeitgeber, endlich großzügiger zu denken und nicht durch eine kleinliche Lohn- und kurzfristige Nachpolitis zu noch den letzten leistungsfähigen Gehilfen aus dem Malergewerbe hinauszutreiben und diesem den Zugang junger, treibamer Elemente zu versperren, so daß es nie wieder seine einstige Höhe erreichen könne, wurde in eine Aussprache über die Lohngebiete in den einzelnen Bezirken eingetreten.

Auch diese Beratungen waren sehr sachlich. Andern Tages fanden im Haupttarifamt die Beratungen über die Bezirke statt, bei denen noch keine Einigung der Parteien erzielt worden war. Wo es trotzdem noch nicht gelang, zu einem Ausgleich zu kommen infolge eines zu niedrigen Angebots, wie im ersten Bezirk, für Niedersachsen, für Bezirk Mitteldeutschland, Provinz Sachsen, Freistaat Anhalt, Thüringen, Freistaat Sachsen, Baden und Rheinpfalz, wurden die Vorschläge des Unparteiischen, die sich durchschnittlich bei 25 % Lohn erhöhung bewegten, vom Haupttarifamt mit Mehrheit angenommen.

Die neuen Lohnsätze treten am 16. Juli 1922 bis 15. August 1922 einschließlich in Kraft. Am 9. August werden die Parteien zu weiteren Verhandlungen zusammenkommen. Von der Gehilfenschaft wird erwartet, daß nun alle Streiks eingestellt werden. Selbstverständlich, betonte der Vorsitzende, soll Vergangenes vergessen sein, um wieder ohne Verzägerung an die Arbeit heranzugehen; deshalb sollten auch infolge der Streiks ferner keine Differenzen daraus entstehen.

Wir hoffen, daß die Kollegen allerorts das Verhandlungsergebnis sachlich prüfen. Von der weiteren Entwicklung

der wirtschaftlichen Verhältnisse wird dann unsere Stellung zu den kommenden Verhandlungen bestimmt werden. Leider ist damit zu rechnen, daß sich in einigen Wochen die Lage infolge des Sturzes unserer Valuta immer mehr auswirkt. Darüber wird dann spätestens am 9. August verhandelt. Wir werden wie bisher auch ferner nicht erlahmen, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß die Lebenslage unserer Kollegen hinter der der übrigen Arbeiterschaft nicht zurückbleibt.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Der Arbeitsmarkt im Juni hat sich im Hinblick auf den Vormonat im wesentlichen nicht verändert. In 143 berichtenden Filialen mit 48 155 männlichen und 351 weiblichen zusammen 48 508 Mitgliedern wurden an letzten Arbeitslage der letzten Vierteljahrswoche 161 = 0,3 vom Hundert Arbeitslose ermittelt. Im Vormonat berichteten 146 Filialen mit 55 455 Mitgliedern, von denen 179, ebenfalls = 0,3 vom Hundert arbeitslos waren.

Die energische Kurve nach oben, die die Arbeitsgelegenheit seit dem Monat März zeigt, hat auf diesem Stande (0,8) augenscheinlich ein Verweilen. Sie geht energetischer und höher als im Vorjahr, wo der Mai noch 1,1 %, der Juni 0,9 % Arbeitslose ergab. Angesichts der gegenwärtig einsetzenden ungeheuren Steigerung der Presse für den Lebensbedarf ist es immerhin begrüßenswert, daß in der Gunst der guten Lage unseres Gewerbes, unsere Kollegen diesem Valutasturm nicht so gänzlich bar gegenüberstehen. Zu erhoffen ist, daß, wie im Vorjahr die Zahl der Nachfrage bis zum Oktober weiter ansteigt, auch für dieses Jahr die Beschäftigungsziffer den fehlenden Bruch bis zur restlosen Beschäftigung aller Kollegen überwindet.

Für die einzelnen Verbandsbezirke ergibt sich folgendes Bild: in 35 Filialen des 1. Bezirks mit 3565 Mitgliedern waren 18 = 0,5 % (Mai 0,7 %), im 2. Bezirk von 12 Filialen mit 7743 Mitgliedern 9 = 0,1 % (0,2 %), im 3. Bezirk von 23 Filialen mit 8976 Mitgliedern 52 = 0,6 % (0,5 %), im 4. Bezirk von 21 Filialen mit 9579 Mitgliedern 34 = 0,3 % (0,5 %), im 5. Bezirk von 28 Filialen mit 11 505 Mitgliedern 37 = 0,3 % (0,07 %), im 6. Bezirk von 9 Filialen mit 3831 Mitgliedern 3 = 0,1 % (0,1 %), im 7. Bezirk von 14 Filialen mit 2807 Mitgliedern 8 = 0,2 % (0,1 %) Arbeitslose gemeldet. Insgesamt wurden in den 143 berichtenden Filialen 54 666 Berufangehörige ermittelt, von denen 37 722 = 69 % im Bauberuf und 16 944 = 31 % in Lackiererei- beziehungsweise Industriebetrieben beschäftigt waren. Von dieser Gesamtzahl waren arbeitslos 239 = 0,4 %.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes für das laufende Jahr ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Monat	Anzahl der berichtenden Filialen	Anzahl der Mitglieder	Wöchentliche Arbeitszeitverkürzung				Anzahl der Arbeitslosen					
			Insgesamt	bisher arbeitend	in Projekt	1 bis 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	über 24 Stunden	Arbeitslosen-		
Januar	158	60 844	6772	13,3	59	399	25	94	13	85	7	41
Februar	159	64 062	5791	10,7	38	152	21	115	14	66	8	34
März	147	44 961	531	1,2	8	47	—	—	—	—	2	46
April	150	54 987	518	0,9	10	108	—	—	—	—	3	20
Mai	146	55 843	179	0,3	—	—	—	—	—	—	—	47
Juni	145	48 506	161	0,3	—	—	—	—	—	—	—	50

Eine unerfreuliche Rubrik ist immer die der nicht berichtenden Filialen. Doppelt unerfreulich, als diese Zahl nicht nur nicht ab-, sondern zunimmt. Im Berichtsmonat versäumten 50 Filialen mit 10 942 Mitgliedern die Meldung. Das bedeutet eine ganz unzulässige Nichtachtung der Organisationsnotwendigkeiten. Ein ordentliches Arbeiten zum Nutzen der Kollegen ist nur denkbar auf Grund möglichst umfassender und einwandfreier Tatsachenkenntnisse. Diese zu erlangen ist der bedeutende Zweck dieser Statistik. Gedankt solle jede Filialleitung, selbst wenn sie den Zweck dieser Statistik nicht voll erkennen sollte, doch die Pflicht fühlen, der Verbandsleitung die Auskünfte zu geben, die sie fordert.

Diese Bitte geht besonders an folgende Filialen: Berlin, Breslau, Cottbus, Demmin, Forst i. L., Fürstenwalde, Guben, Hoyerswerda, Jüterbog, Köslin, Landsberg, Lauenburg i. P., Luckenwalde, Oppeln, Spremberg, Stettin, Stolp, Wittstock, Wittenberg, Wismar, Gießen, Saarbrücken, Trier, Bremerhaven, Emden, Schwerin, Beverungen, Bielefeld, Bocholt, Cleve, Deinold, Hamm, Einbeck, Lippstadt, Lüdenscheid, Ohligs, Solingen, Hamm, Elberfeld, Wuppertal, Wiesbaden, Karlsruhe, Neustadt, Pforzheim, Schwäbisch-Gmünd, Singen, Künzelsau, Mörlenbach, Schweinfurt, Weiden, Katowitz.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Kameraden! Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat nach Kenntnisnahme der allgemeinen Lage in Deutschland mit Befriedigung festgestellt, daß die deutschen Arbeiterorganisationen entschlossen sind, mit äußerster Kraft sich dem Treiben der Reaktion zu widersetzen und die republikanische Verfassung zu verteidigen. Die deutsche Arbeiterklasse hat den festen Willen, die so teuer und schwer erworbenen politischen und sozialen Freiheiten zu schützen und weiter zu entziehen; gegen die Reaktion jedes Schlagens sind die deutschen Arbeiter entschlossen, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um die Eroberungen der Revolution zu schützen.

Mit Genugtuung hat das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes von dem allgemeinen Aktionsplan der deutschen Arbeiterschaft Kenntnis genommen. Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt sich rücksichtslos bereit, diesen Aktionsplan mit allen Kräften zu unterstützen. Der Internationale Gewerkschaftsbund weiß, daß die Niederlage der Arbeiter und der Demokratie in Deutschland die Niederlage der internationalen Demokratie bedeuten würde, daß der Sieg der Monarchien und Nationalisten der Triumph der Reaktion in allen Ländern wäre.

Gestützt auf die Lösung des Weltproletariats: Arbeiter aller Länder vereinigt euch! fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von allen seinen Anhängern eine aktive Solidarität während der bevorstehenden Ereignisse. Niemand darf gleichgültig bleiben angesichts des Kampfes, den das deutsche Proletariat wider die deutsche Reaktion zu führen hat. Der Weltfriede ist abhängig vom Ausgang dieses Kampfes. Der Weltkrieg steht auf dem Spiel.

Indem wir in dieser historischen Stunde von der deutschen Arbeiterschaft fordern, daß sie ihre Pflicht erfüllt, gebietet es unsere Pflicht, auch die aktive Wachsamkeit aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Landeszentralen zu verlangen. Die Gemeinsamkeit des Ideals und der Ziele bedingt die gemeinsame Pflichterfüllung. Jeder verfolge mit Aufmerksamkeit die Entwicklung der Ereignisse in Deutschland. Das deutsche Proletariat fühle sich umgeben von den Sympathien der Arbeiter aller Länder. Jeder wirke darauf hin, daß die Parlamente und Regierungen seines Landes nicht die Sstellung der deutschen Reaktion stärken und die Bestrebungen der Sozialdemokratie Deutschlands fruchtlos machen.

Im Hinblick auf das allgemeine Vertrauen der Arbeiterschaft in allen Ländern und in dem Bewußtsein, daß ihr Kampf gleichzeitig der Kampf der Arbeiterinternationale ist, sind wir gewiß, daß die deutschen Proletarier den Sieg werden gewinnen können.

Die Republik triumphiere endgültig über die monarchische Reaktion! Jeder sei stark! Ein jeder zeige sich der Gefahr gewachsen! Das deutsche Proletariat hat das Recht, die Hilfe der Internationale zu beanspruchen, so wie das internationale Proletariat berechtigt ist, von ihm zu verlangen, daß es keine Schwäche gebe in dem Kampf zwischen den Mächten des Fortschritts und denen der Anechtung, in dem Kampf der Vergangenheit und Zukunft. Unterstützt durch die Solidarität der Internationale werden die Proletarier Deutschlands siegen!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes,
gez.: L. Jouhaux, Th. Leipart, C. Mertens,
Eduard Simon, S. Ludegeest.

Personlichkeit.

Der deutsche Volk wird das Volk der Dichter und Denker generieren. Der Deutsche neigt zum philosophischen Verständen, zum Denken ins Seine, zur Klarzähne mit dem Unendlichen. Er ist von Natur Stubler, Träumer, und er scheint untrüglich und weitreichend zu sein, weil er es liebt, hinter all dem Sein den Geheimen zu ergründen, die Seele zu erforschen, die Seele zu erkennen, das Geheimnis wie das Unendliche, erkennt. Und diese Eigenschaft hat der einsame Mann der Werkstatt gemein mit dem großen Genie.

Auch Goethe übte in mir den Drang ins Erhabene, grenzenloses Seine. Auch er mähte in immer höherem Versehen den Sinn dieser ewig unendlichen Seine. Und doch: Je tiefer das Seinen in das Seine ging, um so mehr reiste aus diesem Seinen heraus eine lebendige Wirklichkeit hervor. Je mehr der Mensch geistige Persönlichkeit ist, um so mehr kann er den geistigen Sinn der Welt erschaffen. Aus der Philosophie des All wird herausgezwungen der Drang zur Persönlichkeit. Persönlichkeiten zu machen. Das ist der Sinn der Welt. Heiliges Glück der Erdenfunder ist, daß die Persönlichkeit. Der Mensch wird heraufgehoben aus der Einsamkeit, als Persönlichkeit hier auf Erden ein Mann der Welt zu machen und der Seele.

Der Spieler läßt: Das Goethe und Persönlichkeit bei Gott? Da ist doch nur die geistige Manne, das Herdentum, in dem alle gleich sind, ähnlich, gleich. Alle gleich mit gleicher Begeisterung. Alle gleich, weil mit dem Rechte der gleichen Erfahrungsgemessenheit. Und das ist das Recht der Persönlichkeit. Persönlichkeiten sonnen mit kein, wenn jeder die Möglichkeit zur freien Erfahrung seiner inneren Seele hat.

Und das ist der praktische Sinn, wie er im Proletariat verstanden ist: Diese natürliche Blüte des Seins, die Persönlichkeit, zur wollen Erfüllung zu bringen. Wie kommtet das Prolet, sozialistische Brüder und Schwestern und Männer bestrebt. Sie verzweigt sich die Persönlichkeit, weil sie unter der Rute des Kapitalismus, des Kapitalismus, gedrückt werden muss. Heiliges Glück der Erdenfunder ist nur die Persönlichkeit. Sonst zu viel Glück gibt es nicht! Und das macht zu lebensreicher fortwährender Erfüllung die Mission des Sozialismus.

Reichskonferenz für die Wagenbau- und Karosseriebetriebe.

Im Berliner Gewerkschaftshaus tagte am 2. Juli eine schon seit längerer Zeit in Aussicht genommene Konferenz für die Wagenbau- und Karosseriebetriebe. An ihr nahmen teil 57 Vertreter des Metall-, Holz-, Maler- und Gatterverbandes, außerdem 15 Gäste.

Die Konferenz wurde von Eggert (DMV) durch längere einleitende Anschriften eröffnet. Er wies dabei auf eine kürzlich veröffentlichte statistische Erhebung hin. Hierdurch wurden 277 Betriebe mit 19 787 Arbeitern und 1918 Angestellten erfasst. Davon sind 88 reine Karosseriebetriebe mit 10 664 Beschäftigten, 88 Karosserie- und zugleich Wagenbaubetriebe mit 6166, 98 reine Wagenbaubetriebe mit 2472 und 29 sonstige Betriebe mit 2847 Beschäftigten. — Von den 19 787 erfassten Arbeitern waren 9100 Metallarbeiter, 5554 Holzarbeiter, 2385 Maler und Lackierer, 2167 Gattler, 75 Holzarbeiter und von 508 konnte ein Beruf nicht festgestellt werden. — Davon sind organisiert 7420 = 88 % im Metallarbeiter, 4648 = 90 % im Holzarbeiter, 1999 = 92 % im Maler- und 1902 = 92 % im Gatterverband. Weitere 387 sind in anderen freien Verbänden organisiert; den christlichen gehören 375, den Hirsch-Dunderlichen 253 und den Unionisten und Syndikalisten 148 an. — Über die Karosseriehälften i j s s e konnte kein abgeschlossenes Bild erzielt werden. 70 Betriebe = 25,3 %, also ein Viertel aller erfassten Betriebe mit 1699 Arbeitern = 8,8 %, berichtet darüber nicht. Für 18 Betriebe = 8,7 % mit 2137 Arbeitern = 11,8 % bestehen Bezirkstarife, mit den übrigen 189 Betrieben = 91,3 % sind Ortsstarife, mit den übrigen 189 Betrieben = 91,3 % sind Ortsstarife abgeschlossen. — Über die Karosseriehälften i j s s e haben 66 Betriebe mit 2858 Arbeitern nicht berichtet. Bis zu 6 Tagen Ferien bestehen in 89 Betrieben mit 4790 Arbeitern, bis zu 8 Tagen in 82 Betrieben mit 6318 Arbeitern, bis zu 12 Tagen in 38 Betrieben mit 5666 Arbeitern und in 2 Betrieben mit 105 Arbeitern gehen sie noch darüber hinaus. Die Arbeitstage je Tag ist fast durchweg eine achtstündige. Die Achtundvierzigstundenwoche besteht in 67,5 % der Betriebe für 55,9 % der Arbeiter. Für die andern Betriebe gilt eine Arbeitszeit, die zwischen 45½ bis 47½ Stunden pro Woche beträgt. — Die Löhne sind nicht bearbeitet worden, weil zu mangelhaft und langsam berichtet wurde. Auch sind natürlich die Löhne schon immer bei Fertigstellung der Statistik überholt, da bei der sprunghaften und abnormen Steigerung aller Preise auch die Lohnbewegungen schnell aufeinander folgen. Zweck der Konferenz müsse es sein, eine Klärung umstrittener Dinge, aber keine Lösung des fünfjährigen Organisationsproblems und auch keine sofortige Änderung der bestehenden Tarifverhältnisse herbeizuführen. Redner schlägt vor, für die Wagenbau- und Karosseriebetriebe eine Zentralkommission zu bilden und dieser die Aufgabe zuzuweisen, einschlägiges Material zu sammeln; Informationen mit den in den einzelnen Industrieorten zu bildenden Kartellen auszutauschen und die Verbandsvorstände sachlich zu beraten; Wege zu suchen, wie gemeinsam die Interessen der in Karosserie- und Wagenbaubetrieben Beschäftigte wirksam vertreten werden können. Besonders gelte es, den jetzt zwischen 22 und 35 schwankenden Lohn einheitlicher zu gestalten. Da über die Frage, ob Reichs-, Bezirk- oder Ortsstarif Meinungsverschiedenheiten bestehen, würde es gut sein, eine Kommission zu wählen, die praktische Vorschläge ausarbeiten, wie man am besten weiter verfährt.

In der Zwischenzeit gingen verschiedene Anträge ein. So beantragten die Leipziger Delegierten, jedes Jahr eine Konferenz abzuhalten und eine Reichssekretion für die Wagenbau- und Karosseriebetriebe zu schaffen. Von Breslau wurde verlangt, sämtliche in Wagenbau- und Karosseriebetrieben Beschäftigte in einer Industrieorganisation zusammenzufassen. Bell (Frankfurt) beantragte die Bildung von Wagenbaukartellen und Kramer (Leipzig) will, daß die Frage der Organisationsumbildung mit erörtert wird, was indest die Konferenz ablehnt, weil es weder zu ihrer Zuständigkeit gehört noch zweckmäßig sein würde.

Über die Entwicklung des Lackierens.

I.

In vielen Berufsfreien ist die Meinung verbreitet, daß die Technik des Lackierens und der Lackbereitung ihren jetzigen Hochstand erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts, von 1840 oder 1850 an, erreicht habe. Das beruht auf einem Irrtum. Man denkt dabei an die Entstehung und den Aufstieg der deutschen Lackindustrie, der Fabrikation von Laken, die tatsächlich etwa seit der genannten Zeit sich aus kleinen Anfängen zu der mächtigen Bedeutung entwickelt hat, die ihr heute mit Recht zusteht. Es wird dabei übersiehen, daß das Lackieren und seine Technik keineswegs gleichbedeutend ist mit oder abhängig von der fabrikmäßigen Herstellung von Laken, daß ferner die deutsche Lackfabrikation nicht die erste oder älteste war, sondern auf den Erfahrungen der holländischen und englischen Industrie fußte.

Die Technik aber, wenn man will, die Kunst des Lackierens war aber längst vorher zu ihrer Höhe gekommen, war aus höchste entwickelt und ausgebildet, als noch kein Mensch in Europa daran dachte, berufsmäßig Lack herzustellen und es zu verkaufen. Datum ist die hohe Vollendung des Lackierens, die man z. B. an Arbeiten aus der Zeit um 1700 schon beobachten kann, den damaligen Lackierern um so höher anzusehen, weil ihnen alles fehlte, was uns heute selbstverständlich erscheint: eben die Industrie, die fertige Lack jeder Art und für jeden Gebrauchs Zweck liefert. Sie mußten sich ihren Lack selber machen, ohne dabei über die raffiniert ausgeschöpften Apparate zu verfügen, mit denen die heutige Lackerei erfüllt. Das sollte man bedenken, wenn man Gelegenheit hat, Arbeiten alter Lackiermeister zu sehen — in Sammlungen, Museen usw. und sie ja noch anzutreffen. Man wird dann geschwind zu der Einsicht kommen, daß der Aufstieg der Industrie auf einem Gebiet nicht immer gleich bedeutend ist und nicht zwangsläufig zusammenfallen muß mit einem Fortschritt der handwerklichen Fertigkeit und — nicht zu vergessen! — des kauffmännischen Wesens in dem betreffenden Gewerbe.

Lack und Lackierungen in unserem Sinne kannten die Kaufleute der Antike nicht. Wohl verstanden sie, Harze geglättet und der Lack dann mit weichen Pinseln auf-

Die Aussprache war außerordentlich rege und durchaus jährling. Sie bewegte sich in der Haupthalle um die von Eggert vorgelegte Zentralkommission, die Errichtung von Kartellen, die Löhne und Tarifverhältnisse und um ein zweckmäßiges Zusammenarbeiten der verschiedenen Berufe. Henrich (Berlin), DMV, bezeichnete die Statistik als unvollständig und wünscht, daß die zwischen den verschiedenen Verbänden gefüllten Löden nicht wieder auseinandergerissen werden. — Gerhard (Berlin), Gatterverband, verweist auf eine Erhebung des Gatterverbandes und ist der Ansicht, daß der einzelne Berufsverband besseres Material zusammenbringe. Die Schaffung eines Reichstarif sei nicht möglich, weil die Karosseriebetriebe als Hilfsindustrie mit andern Betrieben eng verknüpft seien. — Kersten (Köln), Holzarbeiterverband: Die Frage einer Organisationsumbildung kann nicht besprochen werden, ein befriedigendes Ergebnis wäre auch nicht zu erwarten. Wir müssen durch Schaffung einer Zentrale den Grundstein legen, worauf wir weiterbauen können. — Marzchal (Breslau), DMV: Wir müssen durch Bezirkstarife zu einheitlicher Löhnen kommen, die zu wählende Kommission muß die Lohnzahlen sammeln und bekanntgeben. — Kreidet (Stuttgart), Gatterverband: Die Löhne der Metallarbeiter in Süddeutschland sind so niedrig, daß wir uns nicht damit zufrieden geben könnten und versuchen müthen, für unsern Beruf zu höheren Löhnen zu kommen. Von einem Reichstarif sind wir noch weit entfernt. Eine Zentrale ist notwendig und zweckmäßig. — Challe (Mannheim), DMV: Die Rivalität der verschiedenen Organisationen in den Wagen- und Karosseriebetrieben muß unterbleiben, der oberste Grundsatze muß werden, alle zu organisieren. Für das Gewerbe sollte ein Mantelstarif angestrebt werden, damit wäre viel gewonnen. Die Löhne können örtlich geregelt werden, doch müssen die rückständigen Gegenden an andere bessere herangebracht werden. — Wolf (Berlin), DMV, ist für öfteres Zusammentreten. Der Zentrale darf nicht überlassen bleiben, wie sie handeln soll. Die Betriebsräte haben die Pflicht, der zu bildenden Zentrale alles wichtige Material zu überweisen. — Schirmeister (Leipzig), Malerverband: In allen Städten müssen Kartelle gebildet werden, die mit der Zentrale in Verbindung treten. Tarife dürfen nicht von einzelnen Branchen abgeschlossen werden. Im bezug auf Industrieorganisationen dürfen wir uns nicht auf die Vorstände der Verbände verlassen. — Süder (Mannheim), Holzarbeiterverband: Die Spartenorganisationen müssen die Löhne in bestimmten Industriegruppen einheitlich gestalten. Die zuständige Kommission muß ihren Sitz in Berlin haben. — Beittner (Bremen), DMV: In einem Reichstarif ist in diesen bewegten Zeiten nicht zu denken. Ein Haupthindernis wird auch der Widerstand der Unternehmer sein. — Eggert (Stuttgart), DMV: Ein arbeitsfähiges Instrument in unsere Gewerkschaftsbewegung einzubauen, ist sehr schwierig. Die Branchenleiter der wichtigsten Orte des Karosseriebaus müssen eine Zentrale bilden, aber Hand in Hand mit den Organisationen. Statistische Erhebungen können nur durch die Organisationen vorgenommen werden. Diese müssen überhaupt alle Löden in der Hand behalten. — Karow (Berlin), Holzarbeiterverband, ergänzt die Ausführungen des Vorredners und weist auf die Richtlinien des ADGB hin, mit die Zusammenarbeit der Verbände und über die Befugnisse der einzelnen Verbände zu selbstständigem Vorgehen. Die Kollegen, die selbstständiges Handeln der Kommission verlangen, bedienen ihr Verbandsstatut nicht. Entscheidungen über die Köpfe der Centralvorsitzende hinweg kann die Kommission nicht treffen; diese kann nur beratende Körperschaft sein.

Nach den Ausführungen einer Reihe weiterer Redner wird folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Um die notwendige gewerkschaftliche Zusammenarbeit in den Wagen- und Karosseriebetrieben mehr als bisher herzustellen, hält die Konferenz die Bildung von besonderen örtlichen oder bezirklichen Kartellen zwischen den beteiligten Verbänden für erforderlich. Aufgabe dieser Kartelle ist es, die örtliche Einheitlichkeit, insbesondere bei Lohnbewegungen herzustellen.

Um die notwendige gewerkschaftliche Zusammenarbeit in den Wagen- und Karosseriebetrieben mehr als bisher herzustellen, hält die Konferenz die Bildung von besonderen örtlichen oder bezirklichen Kartellen zwischen den beteiligten Verbänden für erforderlich. Aufgabe dieser Kartelle ist es, die örtliche Einheitlichkeit, insbesondere bei Lohnbewegungen herzustellen.

Die unmittelbaren Vorbilder der gesamten europäischen Lackierungsweisen haben wir in den Lackarbeiten der Wölter Ost- und Süd-Asiens zu erblicken. In China, Japan und Indien hat die Lackierung ihre Heimat und sie soll dort bis ins graueste Altertum zurücktreten; gefüglichtlich nachweisbar ist die Lacktechnik bis ins 3. Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Mit der Erschließung dieser östlichen Kulturen durch portugiesische und namentlich holländische Seefahrer kamen auch indische, japanische und chinesische Lackarbeiten nach Europa und fanden sofort begeisterte Liebhaber.

Die enormen Preise, die dafür bezahlt wurden, ließen begreiflicherweise das Streben aufkommen, ähnliche Arbeiten auch im Lande selbst herzustellen, aber — woher den Lack nehmen? Es erwies sich als ganz unmöglich, Lack aus Indien oder China selbst einzuführen, es war sogar vergebliches Bemühen, über die dort gewöhnliche Technik auch nur halbwegs bestimmte Nachrichten zu erlangen. Erst im 19. Jahrhundert gelang es, diese orientalische Lacktechnik sicher kennen zu lernen und damit die Gewinnung zu gewinnen, doch deren Ausübung eben nur an Ort und Stelle möglich ist.

Der dort allein gebräuchliche Lack ist kein durch Lösen, Kochen oder vergleichbare Verfahren erhaltenes Kunsterzeugnis, sondern ein Naturprodukt; es ist ein Baumfaser, der ähnlich wie bei unsigen Rüdelholzarten aus der Rinde bestimmter Bäume (namentlich von *Rhus vernicifera*) aussieht und so ohne weiteres gebräuchlich ist.

Man unterscheidet von diesem Naturlack mehr als zehn verschiedene Sorten, von denen die dunkelbraunen am meisten geschätzt werden. Um übrigens ist die Art der Anwendung grundsätzlich nicht sehr verschieden von den bei uns gebräuchlichen Verfahren. Der Grund wird durch Auftragen von wachselfähigen Mischungen sorgfältig

Um die Einheitlichkeit der Bewegung innerhalb des ganzen Reichsgebietes zu fördern, wird aus den beteiligten Verbänden eine Zentralkommission eingesetzt. Diese Zentralkommission mit dem Sitz in Stuttgart soll aus je 2 Vertretern der Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler und Sattler sowie einem Vertreter des Afa-Bundes bestehen.

Aufgabe der Zentralkommission ist es, einschlägiges Material zu sammeln, Informationen mit den örtlichen Kartellen auszutauschen und die Verbandsvorstände fachlich zu beraten.

Die Zusammensetzung der Kommission ist folgende: Von den beteiligten Verbänden wird je ein Vertreter bestimmt; gewählt werden von den Metallarbeitern Heinrich Schmidt (Frankfurt a. M.), von den Holzarbeitern Raden (Heilbronn), von unserem Verband Pfug (Frankfurt a. M.), von den Sattlern Riedel (Sindelfingen-Stuttgart). Die Afa wird ihren Vorschlag noch bekanntgeben.

Egger (Stuttgart) betont im Schluswort den harmonischen Verlauf der Konferenz, der eine gute Vorbedeutung für das gemeinsame weitere Wirken ist. Angesichts der Zusammenballung des Kapitals und angehend der immer schwieriger werdenden Lohnbewegungen ist gemeinsames Arbeiten mehr als jemals nötig. Handeln in diesem Sinne bedeutet Fortschritt und Nutzen für alle in Wagenbau- und Karosseriebetrieben Beschäftigten.

Die Urlaubsfrage für Malerlehrlinge

stand auf der Tagung des Gau Norddeutschland vom Reichsbund für das Deutsche Malerhandwerk am 8. Juni in Braunschweig zur Besprechung. Nach dem Bericht hierüber in der "Allgemeinen Malerzeitung" stellte der Vorsitzende dar, wie die neue Reichsverfassung in § 165 auf den Gewerkschaften das Recht zur Mitarbeit einräumt und wie bei der politischen Bedeutung der hinter ihnen stehenden Kartellen mit ihrem starken Einfluss auch auf die neue Arbeitsgesetzgebung, besonders in der Lehrlingsfrage zu rechnen sei. Wenn die Meisterschaft ihre alten Rechte wahren wolle, dürfe sie sich nicht scheuen, auch moderne Probleme in Angriff zu nehmen, die sich aus den veränderten Verhältnissen her Gegenwart ergeben. Dazu gehörte auch eine Fürsorge für den jugendlichen Nachwuchs des Gewerbes, die hinter den zeitgemäßen Forderungen, wie sie für die Jugendfürsorge erhoben werden, nicht zurückstehen dürfe. Unterlassungen bergen immer die Gefahr, dadurch andere Gruppen auf den Plan zu rufen, die sich derjenigen annehmen, die von den zur Fürsorge zumindest moralisch Verpflichteten vernachlässigt scheinen. Um dem Reichstag zu tragen, empfahl der Vorstandsrat dem Gauvorstand folgende Entschließung zur Annahme:

Der Reichsbund des deutschen Malerhandwerkes, Gau Norddeutschland, empfiehlt den Lehrherren, den Lehrlingen des Malerhandwerkes einen angemessenen Urlaub zu gewähren. Er ersucht zugleich den Reichsbund des deutschen Malerhandwerkes, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

In der sich anschließenden Debatte führte Hildebrandt (Wismar) aus, daß in Mecklenburg bereits in diesem Sinne vorgegangen worden sei und betont, daß mit der Gewährung beziehungsweise Verweigerung von Ferien dem Lehrherrn auch ein wirksames Erziehungsmittel gegeben sei. Die Meisterschaft dürfe sich zu solchem Vorgehen nicht erst nötigen lassen.

Niemann (Bremen): Nur die Gewerbeammern und Innungen, nicht der Reichsbund sind für die Lehrlingsfragen zuständig. Vor Annahme der Entschließung ist zu warnen. Jetzt, wo die Lehrzeit auf nur noch 3 Jahre festgesetzt werden soll, sollte man diese, zur rechten Erziehung des Handwerks ohnehin zu kurze Zeit nicht noch durch Urlaub weiter heruntersetzen. Aus freien Städten sollte kein Urlaub gegeben werden; denn wenn man erst den kleinen Finger reicht, wird die ganze Hand genommen. Nur keine Gefühlsduselei! Aufbau heißt Arbeit, nicht Urlaub.

gefragt, aber nicht nur 1 oder 2 mal, sondern zum mindesten 3 mal, bei besseren Arbeiten wird sogar bis zu 18 mal ladiert. Diese Lackaufträge werden auch nicht in großer Wärme getrocknet wie unsere Kopallacke, sondern führt, möglichst in feuchter Luft. Häufig sind die Lackierereien auf Schiffen untergebracht, wo am ersten Feuchtigkeit zu finden ist und die Staubbefahrt auch weniger groß ist.

Nach dem Beendigen und Trocknen der Grundlackierung wird das Stück poliert und nun dem Maler überwiesen, der seine Bilder, Vergoldungen usw. anbringt. Die sehr oft an echten chinesischen Lackarbeiten zu findenden, halb-plastisch, reliefartig vorstehenden Malereien werden durch mehrmaliges Übermalen erzielt. Die ganze Arbeit ist sehr langwierig und daß solche Stücke trotzdem noch zu erschwinglichen Preisen hergestellt werden können, beruht letzten Endes nur auf der Unsprungsfreiheit der chinesischen Arbeiter. Bezeichnend ist übrigens, daß auch diese Waren jetzt schon nicht mehr in so vorzüglicher Weise erzeugt werden wie vor zwei und drei Jahrhunderten. Echte, alte Lackarbeiten werden schon lange, in China wie in Japan, sehr teuer bezahlt und kommen nicht ins Ausland. Für den Export sind besondere, billige Erzeugnisse (zumeist aus einer Art Papiermasse gepreßt) bestimmt, die bei allem uns noch als Muster dienen können für saubere Lackierung.

Diese kurzen Andeutungen mögen genügen, um die Verschiedenheit der orientalischen und europäischen Lackierverfahren zu kennzeichnen. Als die ersten Sachen dieser Art nach Europa kamen, riefen sie — wie schon erwähnt — bald den Nachahmungstrieb nach und da war natürlich das erste Erfordernis, einen geeigneten Lack zu finden. Man kannte ja lange schon den Bernstein und seine Verwendung zu lackartigen Lösungen; es kamen längst auch die afrikanischen und etwas später die westindischen Kopale in den Handel und damit das geeignete Rohmaterial. Da aber die Technik der Lackherstellung noch ganz unbeholfen war, wirklich gute Vorschriften nicht bekannt waren, mußte jeder Lackierer sozusagen auf eigene Faust versuchen, und wenn es gelungen war, einen guten Lack zu bereiten, der hütete sein Verfahren wohlweislich vor den Augen anderer. So dauerte es lange, bis sich eine allgemeine Kenntnis dieser Dinge verbreitete.

Heinsohn (Lübeck): Seit dem corporativen Anschluß der Innungen ist der Reichsbund auch zur Behandlung von Lehrlingsfragen befugt. Wir müssen unsere Einheitsfreiheit wahren und das Notwendige freiwillig tun, ehe wir gezwungen werden.

Thielbold (Hamburg): Wir haben ehemals 4 Jahre und mehr als 8 Stunden täglich gelernt. Die Gewerbeammern sollten das Bestreben der Meister für die vierjährige Lehrzeit ebenso unterstützen, wie sie von uns ein Eingehen auf ihre Anregungen erwarten.

Conrad (Hamburg) empfiehlt Annahme der Entschließung und begrüßt es, daß heute Härten, wie sie früher in der Lehrzeit mitunter möglich waren, bekämpft werden.

Krusse (Berlin): Prinzipiell ist die Lehrlingsfrage eine Angelegenheit der Innungen. Da die Angelegenheit jetzt aber besonders dringend ist, muß der Reichsbund seine Mitglieder bei ihrer Behandlung unterstützen. Der Gauverbund sollte aber nicht allein vorgehen. Die Frage muß in Deutschland einheitlich geregelt werden.

Büsing (Hamburg): Wir haben schon genug unserer alten Rechte verloren und dürfen freiwillig nichts weiter zu gestehen. Lehrjahre sind keine Herzenjahre. Die Existenz des Handwerks und die rechte Erziehung dafür muß die erste Sorge sein.

Hofmann (Hamburg): Gerade im Interesse des Lehrlings ist vor allzuviel Rücksichtnahme zu warnen. Die Erfahrungen bei den Gesellenprüfungen zeigen, daß die Leistungen der Lehrlinge ständig zurückgehen. Wir müssen vielmehr versuchen, die Lehrlinge wieder in unsere Hand zu bekommen.

H. Meyer (Braunschweig): Wir wollen nicht entgegen- und abwählen. In der heutigen Zeit kann nur Arbeit helfen, darum keine freiwilligen Abgeordnungen.

Zilm (Greifswald): Die Verhältnisse sind heute anders als früher. Man beachte die Entwicklung der Lehrlingshaftung in der Industrie. Wir fördern das Handwerk, wenn wir die Lehrlinge besser stellen. Von der Urlaubsvergabe kann die Existenz des Handwerks nicht abhängen. Wir bekommen auch leichter Lehrlinge aus besseren Kreisen, wenn wir etwas zu bieten haben.

Schmidt (Lübeck) schlägt vor, wie schon jetzt die Zeit für eine genügend eingehende Beschäftigung mit der Ausbildung der Lehrlinge knapp ist.

Es erfolgte nun Schluß der Debatte, worauf der Vorschlag Kruß mit Mehrheit angenommen wurde. Danach soll der Reichsbund ersucht werden, auf seiner Tagung in Augsburg Stellung zu nehmen zur Frage der Gewährung von Urlaub an Lehrlinge.

Wir werden auf die Frage nach der Tagung des Reichsbundes noch näher zurückkommen. Immerhin ist aus dem Bericht zu entnehmen, welche rücksichtlichen Anschlüsse bei einem großen Teil der Arbeitgeber noch vorhanden sind, wenn es gilt, auf Grund der neuen Verhältnisse den zeitgemäßen Forderungen Rechnung zu tragen.

Gewerkschaftliches.

Die Verschmelzungfrage nahm auf dem am 7. Juli beendeten Verbandsstage der Kupferschmiede einen breiten Raum ein. Die Redner sprachen teils für, teils gegen eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband, dessen Vorsitzender die Notwendigkeit des Zusammenschlusses ausführlich begründete. Andere Redner sprachen sich für eine Einheitsorganisation aus. Nach sehr langer Diskussion nahm die Generalversammlung in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 16 Stimmen eine Entschließung an, in der sie die Bestrebungen des Vorstandes in bezug auf den Übertritt zum Metallarbeiterverband als berechtigt anerkannt. Die Generalversammlung beschließt erneut, eine Vereinigung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband anzustreben. Als Grundlage dieser Vereinigung sollen die Vereinbarungen gelten, die bereits im Jahre 1920 für die Verschmelzung vorgesehen waren.

Die ältesten Nachrichten über vortreffliche Lade und damit gemachte Arbeiten gehen auf Holland und Frankreich zurück, wo unter der Regierung Ludwig XIV. für alles Geld zur Verfügung stand, was nach Augus ausnahm. Und ein Augus war es damals, wenn sich jemand einen hochfeinen lackierten Wagen, ein solches Stück Möbel oder auch nur eine Schatulle oder Dose zulegen konnte.

In Holland soll ein gewisser Huggens oder Huggens als erster mit Erfolg chinesische Lackarbeiten nachgemacht haben, doch ist über diesen Künstler nichts Bestimmtes zu erfahren. Ein französisches Buch aus dem Jahre 1691 aber nennt schon mehrere Namen von Lackierern, Bath, Langlois (Vater und Sohn) und des Essarts, die in diesen Arbeiten als Künstler galten, so daß damals schon eine gewisse Tradition bestehen mußte. In Paris erhielt ferner im Jahre 1714 Dagly aus Lüttich das Pribilegium, in der damals königlichen Anstalt der Gobelinmanufaktur sich als Lackierer niedergulassen. Nach Daglys Tode erhielt ein gewisser Neumann die Leitung dieser Lackieranstalt mit dem Titel „Direktor der chinesischen Arbeiten mit Malerei und Vergoldung für den König“.

Möglich, diesen sind noch als namhafte Künstler bekannt geworden Peter Verroher, Antoine Yapon (1753) und Gossé (1759). Von letzterem wird erzählt, daß er einen schwarzen Lack herstellen konnte, der der Lust, dem Wasser, Säuren und selbst dem Feuer widerstand.

Wie hoch damals die Lackierer, immer noch als Nachahmung orientalischer Originale gedachten Arbeiten geschätzten wurden, geht unter anderem auch daraus hervor, daß der genannte Gossé seine Arbeiten von der Pariser Academie anerkannt sah, also als „akademischer“ Künstler angesehen wurde. Woraus sein Lack bestand, das behielt er indes für sich und vermachte das „Geheimnis“ nur seiner Witwe und seinem Schwiegersohn Samoussau.

Die Überlieferung nennt noch mehrere Namen berühmter Lackierer, die erste Nachricht über die Zusammensetzung des Lacks aber stammt von Watkin, der im Jahre 1772 ein Lehrbuch für Stoffierer usw. herausgab, dessen Inhalt noch heute einen guten Klang hat. Nach Watkins Angaben besteht der Lack aus 3 kg bestem, hartem Kopal, den man schmelzen soll und dem man dann $\frac{1}{2}$ kg Benzoesaure und $\frac{1}{2}$ kg Ter-

pentinöl zusetzen soll. Das ist der unter dem Namen „Martin-Lack“ berühmte gewordene Lack, der — wenn die Angabe richtig ist — ein ziemlich dünnflüssiger Lack gewesen sein muß. Damit stimmt überein, daß die französischen Lade immer ziemlich dünn gehalten waren, wenigstens im Vergleich mit deutschen und holländischen Laden.

Der Name Martin hat sich erhalten in der Bezeichnung einer besonderen Lacktechnik, der auf Blattmetallgrund; man nennt sie heute noch Martin-Lackierung. Es waren 4 Brüder Martin, von denen 2, Wilhelm und Simon Stephan, im Jahre 1730 zuerst das Pribilegium bekamen, während 20 Jahren allein Arbeiten in chinesischen und japanischen Geschmack und Reliefformamente herstellen zu dürfen. Sie haben es auch wirklich verstanden, die orientalischen Arbeiten mit Meisterschaft zu kopieren; ihr Verfahren war freilich auch fast ebenso umständlich wie das der Chinesen. Es wurde erst durch Spachteln usw. ein völlig ebener, feiner Grund hergestellt, auf Lack dann vergoldet, das Gold wieder überlaciert, in verschiedenen Lönen lasiert, oft auch Metallslimmer eingestreut, wieder mehrmals lackiert, geschliffen, bemalt und wieder lackiert, zuletzt auf feinste poliert.

Begrifflich ist, daß so lackierte Gegenstände Luxusartikel waren und sozusagen mit Gold aufgewogen wurden. Tische, Stühle, Schatullen und Dosen, aber auch Sänten und Brunnwagen waren die häufigsten Objekte, an denen diese Lackierkunst ihren Glanz zeigte. Als ein in Deutschland vorhandenes Beispiel der „Martin-Lackierungen“ sei das sogenannte Voltaire-Zimmer im Schlosse zu Sanssouci bei Berlin erwähnt; hier malte und lackierte Robert Martin, einer jener vier Brüder, und die Darstellungen enthalten hauptsächlich naturalistisch-bunt behandelte Blumen und Auffen, farbig auf dem leuchtend hell lackierten Naturholz der Wandvertäfelungen. In französischen Museen, besonders im Louvre in Paris, sind noch echte alte Arbeiten dieser Art zu sehen, die heute noch fabelhaft erhalten sind und damit den Beweis liefern, daß auch mit Laken europäischer Herstellung Gutes geleistet werden kann, wenn die Arbeit entsprechend bezahlt wird.

Sozialpolitisches.

Das Arbeitsnachweisgesetz im Reichstag. Der im Reichstag jetzt zur Beratung stehende Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes ist für die Arbeiterschaft nicht annehmbar. Der Regierungsentwurf ist durch die Ausschusserörter reichlich verschlechtert worden. Er sieht im wesentlichen den Zwang zur Errichtung von Arbeitsnachweisen mit paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsausschüssen, jener Landesämter und ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung vor. Die Arbeitsvermittlung soll in den öffentlichen Nachweisen durch Beamte oder Angehörige der Gemeinde, die nicht gewählt, sondern bestellt werden, unentgeltlich erfolgen. Die Kosten tragen für die Arbeitsnachweise die Gemeinden, für die Landesämter die Länder und für das Reichsamt das Reich. Für die Arbeitgeber ist die Pflicht zur Anmeldung offener Stellen vorgesehen. Die Bestimmung, wonach private gewerbliche Stellenvermittlungen ab 1. Januar 1931 verboten werden, wurde vom Ausschuß dahin gemildert, daß von diesem Zeitpunkt ab private Stellenvermittlungen nicht mehr genehmigt werden dürfen. Die nicht gewerblichen Arbeitsnachweise sollen bestehen bleiben, haben sich aber den Gesetzesbestimmungen und der Aufsicht der Landesämter zu unterwerfen. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wies darauf hin, daß die Berücksichtigung der Arbeiter es verhindert habe, daß das Gesetz eine zweimäßige und planmäßige Gestaltung erhielt. Ihm erscheint auch die Wiederherstellung der Regierungsvorlage dringend notwendig, um die schädlich wirkende gewerbliche Stellenvermittlung bald verhindern zu lassen. Im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung würde das Gesetz erst zur vollen Wirkung kommen. Die freien Gewerkschaften wollen den Arbeitsnachweis dem politischen Kampf entziehen und forderten daher die Zusammenfassung in öffentlichen Arbeitsnachweisen. Unverständlich bleibt es, daß die Hirsch-Dunderischen der Vorlage mit so großem Misstrauen gegenüberstehen und daß insbesondere die Christlichen ihren eigenen Minister im Stiche lassen. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft verlangt Wiederherstellung der Regierungsvorlage und dementsprechend unter anderm Verbot der gewerblichen Stellenvermittlung schon vom Jahre 1925 ab.

Gewerbe und soziale Hygiene.

Volksgesundheit und Achtstundentag. Der Deutsche Bund der Naturheilvereine nahm auf seiner diesjährigen Verbandstagung auch zu den brennenden Zeitfragen Stellung und kam unter anderem zur Annahme folgender Entschließung: „Der Deutsche Bund der Naturheilvereine erblickt im achtstündigen Normalarbeitsstag sowie im freien Sonnabendnachmittag und Sonntag wichtige Notwendigkeiten der sozialen Gesundheitspflege, da ausgedehnte Freizeiten für die Erhaltung der Arbeitskraft und die Steigerung der Lebensfrische aller in gewerblichen Betrieben und amtlichen Arbeitsstellen tätigen, namentlich aber in den großstädtischen Volkschichten unentbehrlich sind. Insbesondere setzt die von Deutschen Bund erzielte persönliche Gesundheitspflege im Sinne des Freiluftlebens die von ihm geforderte Erziehung zu natürlichen Lebensgewohnheiten wie zur Absehung vom gesundheitswidrigen, wirtschaftlich schädlichen und geistig herabdrückenden Kneipenleben und vom Erneueren der Trinkritten den Achtstundentag voraus. Als notwendige Ergänzung des Achtstundentages fordert der Deutsche Bund aus den gleichen Gründen und zur Sicherung des Familienlebens für die in mittel- und großstädtischen Verhältnissen lebenden Volkskreise die Einführung der ungeteilten Arbeits- und Schulzeit, die Siedlung in den Außengebieten der Großstädte sowie eine weitgehende Verbesserung und Verbilligung des Vorortverkehrs.“

Vom Ausland.

720 Frank und eine Kritik über die Zustände in Frankreich. Diese Ziffer ist zum Kampftag der französischen öffentlichen Beamten geworden. Im Jahre 1919 ist dieser Betrag als Lernerungszauschlag bewilligt worden; nun will ihn die Regierung aus Gründen der Sparsamkeit und mit Hinsicht auf eine angebliche Verbilligung der Lebenshaltungskosten abschaffen, wogegen sich ein Entrüstungsschrei der Beamtenchaft erhob. Das Manifest der freigewerkschaftlich organisierten öffentlichen Beamten gegen die geplante Maßnahme enthält eine überaus charakteristische Darstellung der französischen Verhältnisse, der wir folgendes entnehmen: „Das Leben wird nicht billiger; die Indexziffer (1914 = 100) beträgt noch 330 für den Großhandel und 324 für den Kleinhandel, obwohl sie 1919, als die 720 Frank bewilligt wurden, nur 294 betrug. Die Indexziffer für Käse ist 510, für Butter 495, für Fleisch 400, für Kartoffeln 352, für Brot 318. Augenfällig ist in den Preisen für Mehl, Fleisch, Brot und Wein eine Erhöhung zu verzeichnen, ebenso erhöhen sich die Mieten und die Steuern, und nur in den Brotpreisen ist ein kleiner Rückgang vorhanden.“ — „Die Kosten der Lebenshaltung können nicht sinken, solange der Weltmarkt gestört ist, solange Zollschranken, prohibitive Zollsätze, hohe Transportkosten und eine reaktionäre Steuerpolitik, die auf Verbrauchsteuern aufgebaut ist, obhalten. Wie könnte man aber das nötige Geld herbeischaffen? Man muß die unproduktiven Ausgaben für militärische Abenteuer ausrichten, die Konjunkturgewinner auf den zerstörten Gebieten und die Anhänger des nationalen Unglücks, die Großbanken, zurückdrängen. Man soll die rückständigen Steuern entziehen, es sind doch von der Kriegsgewinnsteuer und andern Steuern noch 8 Milliarden Frank rückständig. In der Armee kommt auf je 15 Leute ein Offizier. Bei der Marine beträgt ein enormer Zuschuß der Generale. Im Saargebiet und im Orient bezahlen die Soldaten eine dreifache Löhnung. Aus dem Budget für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete schöpfen mit bollen Händen die Ritterherren, Metallbarone, die Finanzaristokratie; für die kleinen Bedürftigen bleibt nur die Broden. Man hant dort Paläste und Schriften, ehe man die Hütten wieder aufrichtet.“

Verschiedenes.

Die Leipziger Messe-Kunstschule. Die für die Leipziger Herbstmesse geplante Ausstellung des Vereins Leipziger Fabrikations (Vla), wird durch die Beteiligung führender ostdeutscher Künstler bereichert werden. Mit neuen Werken werden berüchtigt sein unter anderen: Ahlers-Schermann, Cacina, de Pieri, Haller, Hefel, Hofer, Kirchner, Kretzschmar, Marie Laurentin, Rudolph Leib, Rauch und Petersmann.

Die Leipziger Herbstmesse (Allgemeine Mustermesse mit Technischer Messe und Baumesse) findet vom 27. August bis 2. September 1922 statt. Von einer Verlängerung der Technischen Messe über die Allgemeine Mustermesse hinaus wird diesmal abgesehen.

fachtechnisches.

Die badische Landes-Malerschule in Karlsruhe.

Die auf Anregung des Verbands badischer Maler- und Bildhauermeister und des Verbands der Maler (Sitz Hamburg) im vergangenen Jahrzehnt errichtete badische Landes-Malerschule bei Stuttgart dieses Jahres ihren ersten Kursus beendet. Die Erwartungen, die auf die neue Hochschule gelegt wurden, haben sich anscheinbar erfüllt. Mit voller Begeisterung und auf das Ergebnis des ersten Kurses zurückgekehrt werden Schüler und Professoren, die nun in unmittelbaren Kontakt mit den Meisterschaften der Meisterschule treten. Sie erfreuen sich ihrer Arbeit und haben das entsprechende Ziel für das Studium und leben ihre ganze Kraft ein, der jungen Hochschule den ihr gebührenden Platz in der Reihe der Hochschulen einzuräumen zu lassen.

Nach der Eröffnung der Hochschule, die unter der Oberaufsicht des badischen Ministeriums des Bildens und Unterwesens steht, die von dieser Stelle auf einer weiteren Sitzung erneut wurde einer dringenden Bedürfnis für eine technische Fortbildung getroffen, zumal die früheren Versuche der Dekorationsmaler an der Karlsruher Kunsthochschule bei ihrer Neuerorganisation zur Landeskun-

schule im Jahre 1920 in deren Lehrplan keine Aufnahme mehr fanden.

Wir wünschen der Fachschule rechte Anteilnahme unserer Berufskollegen und empfehlen deren Besuch wärmstens. Der nächste fünfmonatige Kursus beginnt am 2. Oktober dieses Jahres.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung die Mappe. Verlag Georg D. W. Callwey in München. Das gut ausgestattete Jubiläum enthält Tafel 14. Festliche Wandmalerei von Ferdinand Osten, Hannover. Den Artikel im teglichen Teil: „Zum Festsaal“, vom Künstler dieses prächtigen Blattes verfaßt, der über die Art der Ausführung eingehende Worte gibt, empfehlen wir unseren Lesern zur besonderen Beachtung. Tafel 15: Decke und Wand von Gustav Hartung, Tafel 16: Tier-Wandmuster von Otto Ablachmeier und Tafel 17: Zehn Schablonenfriese von H. Dreier eignen sich gut zur praktischen Verwendung in freier Pinseltechnik. Tafel 18: Marinebilder von Ludolph Bochum.

Der Schriftleiter der Mappe, Herr Kollege Ludwig Reisberger, vielen Kollegen durch seine langjährige Tätigkeit an dieser weitverbreiteten Fachzeitschrift Deutschlands wohlbekannt, konnte kürzlich auf sein fünfundzwanzigjähriges Wirken zurückblicken. Wir wollen nicht verschweigen, dem Jubilar, der ein Menschenalter hindurch sein reiches Wissen und Können zur Heranbildung und weiteren Vervollkommenung unserer Berufskollegen in dieser Kunstzeitschrift niedergelegt hat, unsere herzlichsten Glückwünsche darzubringen.

Literarisches.

Über die Jubiläumsausgabe von Flatos Kommentar zum Betriebsrätegesetz schrieb Clemens Möry, Sekretär der Betriebsrätezentrale und des Afa-Bundes im "Vorwärts":

„Der große Flato“, Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 nebst Wahlordnung, Ausführungsverordnungen und Ergänzungsgesetzen (Betriebsratsblanzgesetz und Wahlordnung). Erklärt von Dr. Georg Flato, Regierungsrat im Reichsministerium, Berlin 1922, Buchhandlung Vorwärts, 328 Seiten, Preis gebunden 125 M. (später 150 M.).

Es dürfte unter den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären wohl nur wenige geben, die nicht sofort wissen, daß es sich bei dem „großen Flato“ um ein Kommentar des Betriebsrätegesetzes handelt. Damit ist schon die große Bedeutung dieses Werkes gekennzeichnet. Der treue Berater der Arbeitnehmer in ihren neuen Aufgabengebieten erscheint im Festgewande. Er war vom Verlag als Jubiläumsausgabe (86. bis 100. Tausend) angekündigt worden, doch sind inzwischen noch weitere 25 000 Exemplare hinzugekommen. Zum Ende des Verlages sei gesagt: Das Papier ist gut, der Druck scharf und leicht lesbar, die Einleitung überzischlich. Der Betriebsrat findet, was er braucht. Der Verfasser will durch wissenschaftliche Betrachtung der Rechtsgedanken des neuen kollektiven Arbeitsrechtes an die Stelle der gegenwärtigen Verwirrung auf arbeitsrechtlichem Gebiete klare Begriffe setzen“. Rechtsgrundläge, Begriffe, errungene Rechte und noch zu erlangende Forderungen, muß man kennen und auseinanderhalten, wenn man stets die richtigen Maßnahmen treffen will. „Der große Flato“ ist eine gute Waffe im Kampfe um das Recht der Arbeitnehmer. Wer eine Waffe gebrauchen will, muß ihre Handhabung kennen.

Verlag und Verfasser haben das ihrige getan, tun wir das unserige, indem jeder Gewerkschaftsfunktionär und jeder Betriebsrat den „großen Flato“ als sein geistiges Rüstzeug erwirbt und gehörig handhält.

Vereinsteil.

Für folgende verlorenen Bücher wurden Duplikate ausgestellt:

Buch-Nr.	Name	Ort	Bezahlt bis mit
761	Witten, Ernst	Magdeburg	28. Woche 1922
1 137	Frize, Berthold	Berlin	5.
1 270	Scholz, Gerhard	Dresden	18.
2 412	Bopp, Josef	Düsseldorf	20.
3 160	Werse, Peter	Nordhausen	21.
5 772	Raffau, Richard	Berlin	23.
7 914	Mühe, Heinrich	Regensburg	59.
8 094	Pielmann, Emil	Königsblütte	26.
8 759	Heitmann, Julius	Eisenach	16.
57 285	Debrodt, Heinrich	Bremenhaven	9.
60 768	Winger, Kurt	Guben	24.
60 973	Zeyer, Anton	Aalen	48.
69 152	Wengänder, Ludwig	Karlsruhe	22.
69 781	Hüscha, Friedrich	Beuthen	14.
72 186	Zindermann, Julius	Bremen	21.
74 007	Rau, Ernst	Krefeld	23.
79 388	Wolf, Anton	Köln	20.
81 204	Treß, Georg	Frankfurt a. M.	22.
82 259	Arnold, Richard	Nordhausen	17.
84 899	Seddig, Joh.	Königsberg	25.
87 855	Schorr, Peter	Düsseldorf	15.
88 384	Dring, Wilhelm	Nachen	21.
88 424	Slowronig, Georg	Königsblütte	24.
89 370	Kaufe, Wilhelm	Osnabrück	17.
98 877	Hols, Heinrich	Krefeld	18.

Holzende Bücher werden für ungültig erklärt:

37 750	Specht, Fritz	Eisenach	8.	1922
53 094	Hildebrand, Ludwig	Effen	43.	1921
93 471	Schmidt, Hermann	Hamburg	52.	1921

Der Vorstand.

Bericht der Hauptstelle für den Monat Juni bis Quartalsabschluß.

Eingesandt haben: Norden 17 000 M., Aalen 897, Altona 2800, Altenburg 1677, Bremen 2191, Bielefeld 2000, Augsburg 19 658, Achaffenburg 7000, Bamberg 6212, Bielefeld 17 060, Bremen 14 000, Berlin 8707, Bielefeld 4000, Bremen 17 000, Bremen 2200, Erfurt 15 000, Eschwege 9738, Esslingen 45 000, Flensburg 10 000, Forst 5500, Frankfurt a. M. 184 500, Frankfurt a. d. O. 5000, Friedberg 2800, Fürstenwalde 950, Gera 5000, Gießen 9000, Gladbach 4100, Görlitz 11 000, Gotha 80 000, Göttingen 7500, Greifswald 400, Grünberg 7270, Guben 500, Gumbinnen 1500, Gütersloh 2600, Hagen 14 000, Halberstadt 8272, Halle 40 000, Hamm 7800, Hamburg 210 000, Hamm 3200, Hannover 78 000, Heilbronn 4109, Hersfeld 10 000, Hildesheim 7000, Hirschberg 2000, Höxter 1800, Jever 1194, Jena 5000, Jüterbog 1000, Kaiserslautern 7800, Karlsruhe 10 000, Kempten 85, Kiel 44 500, Kolberg 2800, Kottbus 5000, Köln 40 000, Konstanz 2121, Korbach 2000, Landesberg 4000, Landeshut 1400, Lauenburg 480, Leipzig 107 000, Lübeck 8000, Lippstadt 2000, Lübeck 8500, Lübeck 21 000, Lüneburg 5800, Magdeburg 26 000, Mainz 69 634, Mannheim 20 000, Marburg 6000, Meerane 5887, Melle 8940, München 5000, München 18814, Naumburg 4000, Meißen 4500, Neumünster 6000, Neunkirchen 1200, Neustadt 3974, Norden 4000, Nürnberg 50 000, Oberstein 1400, Oeynhausen 10 000, Oldenburg 8000, Ohligs 70, Oppeln 1100, Osnabrück 5000, Paffhausen 1800, Pforzheim 2000, Plauen 11 000, Potsdam 7000, Preußlau 2800, Rathenow 1500, Rendsburg 5000, Regensburg 5000, Rostock 15 000, Rosenheim 800, Saarbrücken 22 000, Sagan 2800, Schleswig 1800, Schneidemühl 2000, Schwäbisch Gmünd 1060, Schweinfurt 8417, Schwerin 4892, Senftenberg 6700, Siegen 2000, Solingen 2000, Sorau 2000, Spremberg 2500, Stettin 20 000, Stralsund 6000, Stolp 3000, Straubing 759, Stuttgart 10 000, Swinemünde 1500, Tübingen 8000, Trier 18 865, Waldenburg 1800, Weimar 4000, Weißwasser 1200, Werda 12000, Wesel 1400, Wilhelmshaven 8000, Wismar 3000, Wittberge 2451, Wolfsbüttel 2935, Worms 18 000, Würzburg 80 000, Zwiesel 12 000.

schweig 21 000, Bremen 42 000, Bremerhaven 24 000, Breslau

43 000, Bunzlau 1800, Cassel 20 000, Celle 4000, Chemnitz 48 000, Coblenz 5550, Coburg 5000, Cottbus 2000, Crefeld 26 000, Crimmitschau 6000, Cuxhaven 6748, Darmstadt 64 100, Dasseln 1000, Dessaу 8000, Dortmund 25 000, Dresden 100 000, Duisburg 10 000, Düren 6226, Düsseldorf 40 000, Eisenach 2000, Elberfeld 38 000, Elbing 4000, Enden 2200, Erfurt 15 000, Eschwege 9738, Esslingen 45 000, Fürstenwalde 2000, Flensburg 10 000, Forst 5500, Frankfurt a. M. 184 500, Frankfurt a. d. O. 5000, Friedberg 2800, Fürstenwalde 950, Gera 5000, Gießen 9000, Gladbach 4100, Görlitz 11 000, Gotha 80 000, Göttingen 7500, Greifswald 400, Grünberg 7270, Guben 500, Gumbinnen 1500, Gütersloh 2600, Hagen 14 000, Halberstadt 8272, Halle 40 000, Hamm 7800, Hamburg 210 000, Hamm 3200, Hannover 78 000, Heilbronn 4109, Hersfeld 10 000, Hildesheim 7000, Hirschberg 2000, Höxter 1800, Jever 1194, Jena 5000, Jüterbog 1000, Kaiserslautern 7800, Karlsruhe 10 000, Kempten 85, Kiel 44 500, Kolberg 2800, Kottbus 5000, Köln 40 000, Konstanz 2121, Korbach 2000, Landesberg 4000, Landeshut 1400, Lauenburg 480, Leipzig 107 000, Lübeck 8000, Lippstadt 2000, Lübeck 8500, Lübeck 21 000, Lüneburg 5800, Magdeburg 26 000, Mainz 69 634, Mannheim 20 000, Marburg 6000, Meerane 5887, Melle 8940, München 5000, München 18814, Naumburg 4000, Meißen 4500, Neumünster 6000, Neunkirchen 1200, Neustadt 3974, Norden 4000, Nürnberg 50 000, Oberstein 1400, Oeynhausen 10 000, Oldenburg 8000, Ohligs 70, Oppeln 1100, Osnabrück 5000, Paffhausen 1800, Pforzheim 2000, Plauen 11 000, Potsdam 7000, Preußlau 2800, Rathenow 1500, Rendsburg 5000, Regensburg 5000, Rostock 15 000, Rosenheim 800, Saarbrücken 22 000, Sagan 2800, Schleswig 1800, Schneidemühl 2000, Schwäbisch Gmünd 1060, Schweinfurt 8417, Schwerin 4892, Senftenberg 6700, Siegen 2000, Solingen 2000, Sorau 2000, Spremberg 2500, Stettin 20 000, Stralsund 6000, Stolp 3000, Straubing 759, Stuttgart 10 000, Swinemünde 1500, Tübingen 8000, Trier 18 865, Waldenburg 1800, Weimar 4000, Weißwasser 1200, Werda 12000, Wesel